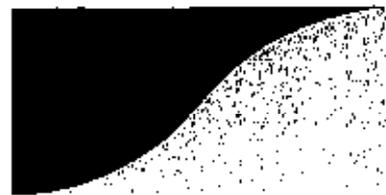


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pbpb d



Inhalt

Johannes Rau MdL, NRW-Ministerpräsident, unterstreicht, daß die Politik des Ausgleichs sinnvoller ist, als zu rüsten: Strauß stellt Kohl Infrage.

Seite 1

Hermann Granzow, Staatssekretär des Bundesbildungsministeriums, betont, daß es keine Hochschul-Bau ruinen geben wird: Sieg der Vernunft.

Seite 3

Renate Lapsius MdB stellt Überlegungen zur Frage an: Was wird aus dem Versorgungsausgleich?

Seite 5

Egon Lutz MdB schreibt Bemerkungen eines Betroffenen zu den Nürnberger Massenverhaftungen: Nürnberger Peinlichkeiten - Teil II -.

Seite 7

Dokumentation

Bruno Kreiskys Ansprache beim Kanzler-Abendessen für die SI-Vizepräsidenten: Im Augenblick eine gewaltige historische Chance.

Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 133

17. Juli 1981

Strauß stellt Kohl Infrage

Politik des Ausgleichs ist sinnvoller, als zu rüsten

Von Johannes Rau MdL
Mitglied des SPD-Präsidiums
Nordrhein-Westfälischer Ministerpräsident

Kein Thema hat in diesen Tagen und Wochen die politischen Gemüter in der Bundesrepublik so sehr erhitzt wie die Reise, die Willy Brandt und Hans-Jürgen Wischnewski nach Moskau unternahmen. Darüber sind auch die Konturen der Parteien wieder schärfer hervorgetreten. Man kann erkennen, was seit je einen wesentlichen Unterschied zwischen konservativen Kräften und Sozialdemokratie ausmacht: Daß nämlich die SPD das Risiko einer Politik der Verhandlungen und der Verständigung, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung geringer einschätzt als das Risiko militärischer Höchstleistungen, auch wenn diese ausschließlich zu Verteidigungszwecken unternommen werden. Miteinander reden ist allemal sinnvoller, als gegeneinander zu rüsten.

Franz Josef Strauß hat auf seinem Parteitag, der übrigens in Wahrheit ein Forum zur Beschimpfung Andersdenkender war, genau umgekehrt argumentiert. Die NATO, so sagte er, hätte besser daran getan, sich auf die "Nachrüstung" auf dem Sektor der Mittelstreckenwaffen in Europa zu beschränken, statt einen "Doppelbeschluß" mit einem gleichrangigen Verhandlungsteil zu fassen. Dieser "Geburtsfehler" sei überhaupt nur auf Drängen der SPD und anderer politischer Kräfte in Europa zustande gekommen.

Ich betrachte das durchaus auch als ein unfreiwilliges Kompliment an unsere Adresse, was aber nichts daran ändert, daß der bayerische Ministerpräsident mit dieser Version aus der gemeinsamen Politik des Westens ausgestiegen hat. Denn erklärte Politik des westlichen Bündnisses ist seit nunmehr über einem Jahrzehnt die absolute Gleichrangig-



keit von militärischen Verteidigungsanstrengungen und Ausgleichsbereitschaft mit den Staaten des Warschauer Paktes. Der Doppelbeschluß gibt diese Haltung präzise wider.

Vor diesem Hintergrund grenzen die rüden Attacken, die Helmut Kohl und seine Parteifreunde in diesen Tagen gegen Willy Brandt im Zusammenhang mit dessen Moskareise reiten, an Heuchelei. Statt zu versuchen, einen künstlichen Gegensatz zwischen dem SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Schmidt zu konstruieren, was bereits gescheitert ist, noch ehe die Keiltreiber ihr Werk richtig begonnen haben, sollte sich der Oppositionsführer mit seinem bayerischen Kollegen auseinandersetzen. Denn Strauß hat, indem er ein dickes Fragezeichen hinter den NATO-Beschluß setzte, zugleich Kohls oppositionellen Führungsanspruch auf dem wichtigsten außenpolitischen Feld in Frage gestellt.

Die CDU/CSU ist ohnedies auf ein gefährliches Gleis geraten. Denn in ihre Polemik gegen führende Sozialdemokraten mischen sich unüberhörbar Töne, die geeignet sind, die gesamte Vertragspolitik der Bundesrepublik mit den Staaten Ost-Europas erneut fraglich zu machen. So manche Erklärung der Union von heute wirkt, als sei sie aus den Schubladen der frühen siebziger Jahre wieder hervorgeholt worden. Die Opposition läuft sichtlich Gefahr, hinter die Linie ihres "pacta sunt servanda", bis zu der sie sich in der Zwischenzeit vorgearbeitet hatte, wieder zurückzufallen. Sie ist derzeit jedenfalls von einem außenpolitischen "Godesberg", wie es ihr wohlmeinende Kritiker - bei aller Unvergleichbarkeit der historischen Abläufe - nahegelegt haben, weiter entfernt denn je.

Doch der Dialog zwischen Ost und West muß ungeachtet dessen und gerade wegen der gefährlich gewachsenen internationalen Schwierigkeiten weitergehen. Helmut Schmidt und Willy Brandt haben dem gemeinsam aus ihren unterschiedlichen Aufgaben in Regierung und Partei Rechnung getragen, indem sie in Washington wie beide auch in Moskau dafür sorgten, daß der Gesprächsfaden zwischen den Machtblöcken, der immer noch bedenklich dünn ist, nicht abreißt. Es gilt, die doch noch, oder besser gesagt: Jetzt wieder bestehenden Verhandlungschancen zwischen Ost und West zu nutzen und auszuschöpfen, damit die politische Entspannung endlich ihre Absicherung auf dem militärischen Sektor erfährt.

(-/17.7.1981/ks/ca)

+ + +



Sieg der Vernunft -----

Hochschul-Bauruinen wird es nicht geben

Von Dr. Hermann Granzow

Staatssekretär des Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Eine Landesregierung bockt - und die ganze Bundesrepublik steht still! Die Bayern hätten es gern so gehabt. Es hat wieder einmal nicht geklappt. Ihren Versuch, den zwischen Vermittlungsausschuß und Bundesregierung gefundenen Kompromiß zum Hochschulbau zu torpedieren, haben die CDU-regierten Länder nicht mitgemacht. Der Bundesrat hat dem Bundeshaushalt 1981 zugestimmt. Damit treten Bundeshaushalt und Kompromiß zum Hochschulbau in Kraft. Der Hochschulbau kann, wenn auch angepaßt an den enger gewordenen Finanzrahmen des Bundes und der Länder, weitergehen. Das ist - wohl mit Recht so genannt - ein Sieg der Vernunft.

Die Bundesregierung bleibt bei dem Vereinbarungsvorschlag, der im Vermittlungsausschuß gefunden worden ist, obwohl die Zustimmung Bayerns fehlt und obwohl Bayern seine Klage beim Bundesverfassungsgericht aufrechterhält. Die Ausbildungschancen der jungen Generation und die Hochschulforschung sollen nicht darunter leiden, daß eine Landesregierung sich politischen Lösungen verschließt und lieber einen juristischen Streit mit zweifelhaftem Ausgang durchpaukt.

Als besonders hilfreich und kooperativ hat sich in dieser für den Hochschulbau schwierigen Lage der Wissenschaftsrat erwiesen. Seine Hinweise auf die mit dem Stillstand des Hochschulbaus verbundenen Gefahren haben alle Beteiligten problembewußter gemacht. Er brachte Verständnis für die schwierige Haushaltslage in Bund und Ländern auf, verlor nicht durch langes Lamentieren kostbare Zeit, sondern leistete wichtige Vorarbeiten, den jetzt gefundenen Kompromiß rasch und möglichst nutzbringend umzusetzen.

Nach diesem Kompromiß sieht die Zukunft der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau folgendermaßen aus:

1. Der Fortgang des laufenden Baugeschehens ist gesichert. Bauruinen müssen nicht entstehen. Baukolonnen müssen nicht abrücken, halbfertige Bauten nicht eingemottet werden. Soweit die Bundesmittel nicht ausreichen, werden die Länder für den Bund vorfinanzieren, so wie der Bund in früheren Jahren den Ländern bis zu 700 Millionen vorgeleistet hat. Der Bund wird diese Vorleistungen schnell zurückzahlen: 1982 sind dafür 220 Millionen DM, ab 1983 120 Millionen DM vorgesehen.



2. Um die dringlichsten neuen Maßnahmen sofort durchführen zu können, wird für 400 Millionen DM ein Programm aufgestellt, das bis zum 15. September vom Planungsausschuß für den Hochschulbau verabschiedet werden soll. Mit diesem Programm wird es den Hochschulen und ihren Kliniken ermöglicht, dringend benötigte Großgeräte anzuschaffen oder überschaubare Baumaßnahmen zu beginnen. Der Bund wird seinen Anteil an diesem Sofortprogramm (200 Millionen DM) den Ländern, die ihn vorfinanzieren, in den Jahren 1984 (120 Millionen DM) und 1985 (80 Millionen DM) zurückzahlen.
3. Die gerade auch aus der Sicht der Landesregierungen notwendige Überprüfung der bisherigen Rahmenplanung wird auf den 1. Januar 1982 (bisher war der Sommer 1982 angezielt) vorgezogen. Alle noch nicht begonnenen Vorhaben werden bis dahin nochmals auf den Prüfstand gestellt und daraufhin untersucht, ob sie für die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Hochschulen unabdingbar und in der bisher geplanten Größe wirklich nötig sind.

Der Wissenschaftsrat hat für diese Überprüfung der Vorhaben in seiner Stellungnahme zur zukünftigen Rahmenplanung vom 10. Juli 1981 bereits erste Kriterien entwickelt, die nunmehr rasch umgesetzt werden sollten.

Natürlich werden bei dieser Überprüfung einige der früheren Blühträume welken. Aber mit dem jetzt erzielten Kompromiß kann die Hochschullandschaft weiter vervollständigt und ausgebaut werden. Sofern es den Ländern gelingt, das notwendige Personal bereitzustellen, werden damit die Hochschulen auch in den kommenden Jahren ihre Aufgaben in Forschung und Lehre vor allem im Hinblick auf die geburtenstarken Jahrgänge erfüllen können. Beton und Chrom ohne Personal freilich wären keine gute Lösung, und einige Stellenstreicher drohen zu programmieren, statt genau zu prüfen, wieviele Milliarden ins Baugeschäft und wieviele Mittel in Menschen investiert werden müssen.

Dieses Ergebnis eines langen und gewiß nicht immer erfreulichen Verhandlungsprozesses, in dem gelegentlich verdeckt oder offen auch sachferne bis sachfremde Argumente - vom Umsatzsteuer-Verteilungspoker bis zu der Frage, ob wir überhaupt soviel Studenten brauchen - gestört haben, wird von den Betroffenen zwar nicht mit Jubel begrüßt werden, für Polemik und Jammer bietet es aber keine Grundlage. Es ist eine Aufforderung zum Handeln.

(-/17.7.1981/ks/oa)

+ + +



Was wird aus dem Versorgungsausgleich?

ad hoc Arbeitsgruppe legt neue Überlegungen vor

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat den Versorgungsausgleich mit dem Rentensplitting und dem Quasisplitting als verfassungskonform bezeichnet und mit dieser Grundsatzentscheidung den sozialen Kern der Eherechtsreform bekräftigt. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden die Auffassungen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über die Verfassungskonformität des Versorgungsausgleiches bestätigt. Es ist die auf Lebenszeit angelegte Lebensgemeinschaft, die den Versorgungsausgleich im Falle der Scheidung rechtfertigt. Mit dieser Bestätigung des Versorgungsausgleichs ist eines der traurigsten Kapitel der Sozialpolitik - die Regelung der sogenannten geschiedenen Witwenrente - ad acta gelegt.

Die soziale Säule der Eherechtsreform ist der Versorgungsausgleich. Damit werden erstmals Anwartschaften auf eine Altersversorgung als gemeinsame Lebensleistung beider Ehepartnern zugeordnet und im Falle einer Scheidung auf beide Ehepartner aufgeteilt. Somit ist die Ehezeit im Falle der Scheidung nicht mehr länger ein weißer Fleck in der Rentenbiographie der Frauen.

Das Bundesverfassungsgericht hat gleichwohl eine Härteregelung für nachträglich eingetretene Härtefälle gefordert und geht hierbei von drei Teilkonstruktionen aus:

1. Der Ausgleichsberechtigte, dies ist in der Regel die Frau, stirbt nach der Durchführung des Versorgungsausgleichs, ohne eine Rente erhalten zu haben.
2. Der Ausgleichsberechtigte, dies ist in der Regel die Frau, stirbt, nachdem die durch den Versorgungsausgleich erworbene Rente nur kurze Zeit (ein oder zwei Jahre) gezahlt wurden.
3. Beim Ausgleichsverpflichteten, dies ist in der Regel der Mann, tritt ein Versicherungsfall ein, das heißt er wird Rentner, während seine ausgleichsberechtigte Frau noch keine Rente erhält und auf Unterhaltsleistungen von ihm angewiesen ist.

Für diese drei Fälle soll nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Rückübertragung von Rentenanwartschaften oder Beiträgen zur Rentenversicherung auf Dauer oder wie im dritten Fall vorübergehend ermöglicht werden.



Die SPD-Bundestagsfraktion hat innerhalb des sozialpolitischen Arbeitskreises eine ad hoc Arbeitsgruppe Versorgungsausgleich eingesetzt, die unter meinem Vorsitz eine sorgfältige Prüfung der Einzelvorschläge vorgenommen hat. Bei dieser Überprüfung spielt die sozialpolitische Problematik von Rückübertragungen durchaus eine Rolle, die dem Sozialversicherungsrecht fremd sind und an sich dem Solidaritätsprinzip widersprechen. Mit dem Gesetzentwurf werden zusätzliche Kosten für die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 375 bis 575 Millionen DM entstehen. Zusätzliche Forderungen, wie sie aus dem Verteidigungsausschuß zur Neuregelung von sogenannten Frührentnerfällen gestellt wurden, werden wegen des präjudizierenden Charakters auf die Sozialversicherung und die enormen finanziellen Auswirkungen von der Arbeitsgruppe nicht aufgegriffen. Derartige Vorschläge müßten unmittelbare Wirkung auf die Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung 1984 haben, die damit noch weniger finanzierbar würde.

Die ad hoc Arbeitsgruppe "Versorgungsausgleich" hofft jedoch Vorschläge für eine Neuregelung des Versorgungsausgleichs bei Betriebsrenten und Zusatzversicherungen machen zu können und diese Überlegungen in den vorliegenden Gesetzentwurf mit aufnehmen zu können. Im Unterschied zum öffentlich rechtlichen Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung haben sich beim Versorgungsausgleich von Betriebsrenten, Zusatzversicherungen und anderen Ausgleichsformen, die über den Paragraphen 1587 b Absatz 3 abgewickelt werden, Schwierigkeiten bei der Barübertragung ergeben. Auch ist es bei den Familiengerichten zu einer auseinanderlaufenden Rechtsprechung gekommen, die das Regelausnahmeverhältnis des öffentlich rechtlichen zum schuldrechtlichen Versorgungsausgleich zum Teil auf den Kopf stellt. Durch diese Regelungen können geschiedene Frauen real benachteiligt und um ihre verbuchte Sozialversicherung geprellt werden, weil sie mit einer Geldrente von minderer Qualität abgefunden werden.

Deshalb ist zu hoffen, daß es uns gelingen wird, mit einem gestuften Modell einer "Beteiligungrente" unterschiedliche Regelungen zu finden, die der Zusatzversorgung bei Zeitsoldaten und Widerrufsbeamten, der Alterentschädigung für Abgeordnete, Minister und so weiter und der berufsständigen Altersversorgung gerecht wird. Dies ist ein schwieriges Kapitel, weil eine Novellierung den Bereich der betrieblichen Altersversorgung, Leistungen der berufsständigen Versorgungslage, Leistungen der Altershilfe für Landwirte und Leistungen der Höhrversicherung der gesetzlichen Rentenversicherung umfassen müssen.

(-/17.7.1981/hi/ca)



Nürnberger Feinlichkeiten - Teil II -

Bemerkungen eines Betroffenen zu den Nürnberger Massenverhaftungen

Von Egon Lutz MdB

Die Nürnberger Feinlichkeiten nehmen kein Ende. Nach den hektografierten Untersuchungs-Haftbefehlen gibt es jetzt (von zwei Ausnahmen abgesehen) die hektografierte Anklageerhebung. Und es gibt die Nichtanklageerhebung zweiter Klasse. Es gibt einen Justizminister in Bayern, der sich redlich bemüht, durch seine Erklärungen die Würde des Rechtsstaates von Tag zu Tag mehr zu demontieren und es gibt eine Nürnberger Justiz, die aus lauter Rechtfertigerei mit Presseerklärungen ihre Voreingenommenheit von Tag zu Tag mehr unter Beweis zu stellen bemüht ist.

Letzte Woche sind mit den betroffenen Eltern 2.000 Nürnbergerinnen und Nürnberger auf die Straße gegangen. Menschen aller Altersklassen, obwohl die Zahl der Jugendlichen überwog. Auf der Kundgebung der Eltern erhielt Verfassungsrichter a.D. Martin Hirsch nur zögernden Beifall, als er die Hoffnung aussprach, auch die Nürnberger Richter seien zu einem gerechten Urteil fähig. Und donnernden Applaus, als er den Kundgebungsteilnehmern riet, in fünf Jahren einmal nachzufragen, welche Karrieren die Haftrichter des 5. März gemacht hätten. Das ist die Nürnberger Wirklichkeit: Absolutes Mißtrauen der Betroffenen in den Rechtsstaat - und nirgendwo ein Zeichen, daß diese Besorgnis ungerechtfertigt erscheinen lassen würde.

Auch unter manchen Sozialdemokraten gilt es als unfeln, wenn sich Betroffene der Nürnberger Ereignisse zur Wehr setzen. Ein merkwürdiges Rechtsverständnis. Denn schließlich wissen nur die Betroffenen, was wirklich passiert ist. Ich will das mal am Beispiel meiner Tochter schildern. Meine Tochter war nachweisbar nicht bei der Demonstration. Trotz rechtsanwaltschaftlichem Beistand hat den Haftrichter das Vorbringen meiner Tochter nicht interessiert. Nach drei Minuten "Anhörung" wurde sie zur Untersuchungshaft verdonnert. Sie "saß" fünf Tage. Jetzt ist ihr mitgeteilt worden, daß Anklage nicht erhoben werde und daß sie für die erlittene Untersuchungshaft Entschädigung beanspruchen könne. Tage vorher schon konnte sie der Zeitung entnehmen, daß auch jene, die nicht angeklagt würden, nach wie vor unter dringendem Tatverdacht stünden. Weil sie entweder durch Vermummung oder durch Meineid oder durch andere Verdunkelungsmaßnahmen eine Strafverfolgung unmöglich gemacht hätten. Martin Hirsch hat sehr richtig gesagt, daß er als Betroffener gegen solche Verlautbarungen klagen



würde. Ich habe als Vater der Staatsanwaltschaft eine Frist zur Berichtigung setzen lassen und werde nicht zögern, Strafanzeige zu erstatten, wenn die unglaubliche Verlautbarung der Justizpressestelle nicht förmlich zurückgenommen wird. Und allen anderen werde ich auch raten, gerichtlich gegen derart pauschale Ehrverletzungen vorzugehen.

Bei denen, die ein Strafverfahren zu erwarten haben, gelten wiederum Nürnberger Besonderheiten. Die Staatsanwaltschaft unterstellt pauschal, daß ein jeglicher Demonstrationsteilnehmer von vorneherein den schweren Landfriedensbruch billigend in Kauf genommen hat. Es ist dies überhaupt die einzige Möglichkeit, anzuklagen. Denn offensichtlich weiß man nur von zwei Steinewerfern. Alle anderen müssen jetzt der Komplizenschaft geziehen werden, wenn man überhaupt auf einer solch windigen Basis Urteile erreichen kann. Man glaubt, dies durch Massenprozesse hinkriegen zu können. Dutzendweise sollen die Angeklagten dem Gericht vorgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt offenbar, die Angeklagten nicht individuell zu behandeln. Wochen werden die Beschuldigten auf der Anklagebank sitzen. Falls das Gericht an der individuellen Schuldfrage interessiert ist. Sie werden nicht in die Schule gehen können, sie werden ihre Lehrstellen verlieren, sie werden trotz Freispruch einen erheblichen Makel zu erdulden haben.

Und das alles, meint der bayerische Justizminister, sei Rechtsens. Ihn ficht nicht der Schatten eines Zweifels an. Er hat offensichtlich übersehen, daß er nicht nur der Minister der Staatsanwälte und Richter, sondern auch der Minister der Angeklagten ist. Hillermeier hat kein Bedürfnis, mit den betroffenen Eltern zu reden. Dieser Minister ist ein wandelndes Exemplar an Voreingenommenheit und auch noch stolz darauf. Nicht einmal sein Ministerpräsident hat sich bisher zu derart abenteuerlichem Rechtfertigungs-Gequatsche herbeigelassen, wie der oberste Wahrer bayerischen Rechtes.

Man kann die Jugendlichen auch dem Rechtsstaat entfremden. So wie in Nürnberg geschehen. Denn wo soll wohl Vertrauen bei solchen Willkürmaßnahmen wachsen? So verkümmert der Rechtsstaat zur Obrigkeits-Farce. Allerdings: Noch herrscht kein nürnbergisches und kein bayerisches Landrecht - noch gilt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Und das läßt letztlich auch die erbitterten Angeklagten und ihre Eltern hoffen.

(-/17.7.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky hat anlässlich des Abendessens von Bundeskanzler Helmut Schmidt für die Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale folgende Ansprache gehalten.

Im Augenblick eine gewaltige historische Chance

Die deutsche Sozialdemokratie trägt nun seit 15 Jahren Regierungsverantwortung, und man kann sich diesen Zeitraum am besten vergegenwärtigen, wenn man weiß, daß die 1. deutsche Republik nur 15 Jahre eine demokratische, eine echt demokratische gewesen ist. In diesen 15 Jahren, in denen die deutsche Sozialdemokratie ununterbrochen Regierungsverantwortung getragen hat und in den letzten Jahren führend, hat sie das Antlitz der deutschen Gesellschaft in jeder Weise verändert und der deutschen Gesellschaft eine neue Qualität gegeben. Es muß das gesagt werden, weil dieser Umstand, nämlich daß die hier verwirklichten Reformen den Charakter, die Qualität der Gesellschaft verändert haben, sehr oft übersehen wird. Viele von uns haben hier in den letzten Jahren wichtige, bedeutungsvolle politische Lehren empfangen. Für die Entspannung in Europa war die deutsche Ostpolitik, wie sie genannt wird - von der du schon gesprochen hast, Helmut - von entscheidendster Bedeutung. Ohne diese Politik hätte es die Entspannung in Europa gar nicht geben können, denn Europa wäre in einer Weise belastet worden durch das deutsche Problem, daß niemand auch nur gewagt hätte, von Entspannung und Normalisierung zu reden. Wir sind also der deutschen Sozialdemokratie für vieles dankbar in der langen Geschichte der Internationale. Wir sind ihr besonders dankbar für das, was sie im letzten Jahrzehnt in der europäischen Politik vollbracht hat. Es würde viel zu weit führen, würde ich auch die Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie für die europäische Integration hier würdigen.

So möchte ich die Gelegenheit heute hier benützen, weil das so selten geschieht, um auch die subjektiven Faktoren, die hier von entscheidender Bedeutung waren, zu würdigen. Und was Willy Brandt hier vollbracht hat, hat Helmut Schmidt gewürdigt. Ich möchte gerne heute diese Gelegenheit benützen, um Dir, Helmut, zu sagen, wie groß die Wertschätzung ist, die wir Dir für das, was Du in der Vergangenheit vollbracht hast, entgegenbringen und wie sehr wir hoffen, daß Du in den kommenden Wochen und Monaten und Jahren in der Lage bist, jenen großen Dialog zustande zu bringen, dem wir ja nicht entrinnen können, zwischen den in den Demokratien wirkenden konservativen Kräften und den sozialistischen und sozialdemokratischen, die das andere große politische Lager der Welt der Demokratie darstellen, ausmachen.

Wir haben im Augenblick eine gewaltige historische Chance. Ich selber bin alt genug, um mich noch an jene große Kluft zwischen Frankreich und Deutschland zu erinnern, von der man allgemein angenommen hat, daß sie unüberbrückbar ist. Und man hat das eine einmalige kurzlebige historische Erscheinung, die Versöhnung zwischen Stresemann und Briand, gefeiert. Daß das heute ein Axiom der europäischen und der Weltpolitik geworden ist, das verdanken wir nicht zuletzt Dir und Deinem Wirken, Helmut. Das müssen wir, wollen wir Dir heute sagen. Und es ist dieses Konzept der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit nun in ein Stadium getreten, das geradezu historische Dimensionen erlangt hat durch den Umstand, daß zum erstmal in der Geschichte es in Europa einen sozialdemokratischen deutschen Bundeskanzler und einen sozialistischen französischen Präsidenten gibt. Und ich möchte gerne heute abend Dir sagen, wie groß unsere Hoffnungen sind, daß durch eure Zusammenarbeit dieser Dialog, von dem ich vorher gesprochen habe, der unentrinnbar ist - wie sehr wir hoffen, daß dieser Dialog schöpferisch und erfolgreich ist, und zwar erfolgreich für die Völker, die betroffen sind, und darüber hinaus natürlich auch der Bewegung dient, der wir seit Jahrzehnten unsere besten Kräfte gewidmet haben.

Für diese Aufgabe möchten wir Dir Glück wünschen und Erfolg wünschen. Dafür erhebe ich mein Glas.
(-/17.7.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Verantwortiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier